

Neue finanzielle Turbulenzen und die globale Konjunkturabschwächung erfordern eine umfassende Änderung der Politik der IFI

Erklärung von Global Unions¹ an die Frühjahrstagungen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds im Jahr 2008 (Washington, 12. und 13. April 2008)

Einführung

1. Die finanziellen Turbulenzen und die wirtschaftliche Unsicherheit haben während des vergangenen Jahres drastisch zugenommen, vor allem nach der rapiden Kontraktion an den globalen Kreditmärkten Mitte 2007, die nach der Hypothekenkrise in den USA begann. Obwohl einige Analysten zunächst prognostizierten, dass die Schwierigkeiten des Finanzsektors lediglich eine Krise auf dem Papier bleiben würden, ohne größere Auswirkungen auf die reale Wirtschaft, steht inzwischen fest, dass die Weltwirtschaft eine globale Konjunkturabschwächung erlebt, was die jüngsten Prognosen des Internationalen Währungsfonds (IWF) bestätigen. In ihrer im Januar veröffentlichten Analyse globaler Beschäftigungstrends im Jahr 2008 geht die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) zudem davon aus, dass im Jahr 2008 weltweit zusätzliche 5 Millionen Menschen arbeitslos werden, und sie warnt, dass die in den Entwicklungsregionen konzentrierten ungeschützten Beschäftigten besonders gefährdet sind.
2. Obwohl sich die Konjunkturverlangsamung zunächst am deutlichsten in den Industrieländern niederschlägt, prognostiziert die IAO besonders ernste Auswirkungen in Afrika, wo 80% der Beschäftigten bereits unterhalb der Grenze von US\$ 2 pro Tag leben; in Südasien, der Region mit dem höchsten Anteil prekärer Beschäftigungsformen; und in Lateinamerika, wo der Prozentsatz der in der informellen Wirtschaft beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im letzten Jahrzehnt drastisch zugenommen hat. Ein beträchtlich vermindertes Wirtschaftswachstum in Verbindung mit erheblich höheren Lebensmittel- und Energiepreisen weltweit wird die größeren Einkommensungleichheiten, von denen die wirtschaftliche Entwicklung seit 1980 weltweit geprägt gewesen ist, weiter verschärfen. In seinem *Weltwirtschaftsausblick* vom Oktober 2007 hat der IWF festgestellt, dass die Ungleichheiten in fünf von sieben Regionen der Welt in den vergangenen beiden Jahrzehnten zugenommen haben und dass dies im Widerspruch zu den Belegen für einen generellen Rückgang der Ungleichheiten während des Großteils der ersten 80 Jahre im 20. Jahrhundert steht.
3. Die weltweite Kreditklemme und die derzeitige Konjunkturverlangsamung können größtenteils den Versäumnissen auf Seiten der Regulierungsbehörden zugeschrieben werden. Zunächst war dies in den USA der Fall, wo es die Regierung versäumt hat, angemessene Regulierungsmaßnahmen zu ergreifen und die aggressiven Praktiken am zweitklassigen Hypothekenmarkt, unter denen die schwächsten Kreditnehmer zu leiden hatten, zu kontrollieren. Die

¹ Die Global-Unions-Gruppierung setzt sich zusammen aus dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB), der 168 Millionen Mitglieder in 155 Ländern hat, den Globalen Gewerkschaftsföderationen (GUF), die ihre jeweiligen Branchen auf internationaler Gewerkschaftsebene vertreten (BHI, BI, IAEA, ICEM, IJF, IMB, ITF, ITBLAV, IUL, IÖD und UNI) sowie aus dem Gewerkschaftlichen Beratungsausschuss (TUAC) bei der OECD.

Weigerung, diese Praktiken zu regulieren, ging hauptsächlich auf den Wunsch großer privater Kreditinstitute zurück, die bestrebt waren, dadurch Profite einzustreichen, dass sie diese Hypotheken aufkauften, bündelten und als erstklassige Sicherheiten weiterverkauften. Das zweite Versäumnis geht auf das Konto der Finanzbehörden weltweit, die es versäumt haben, Transparenz zu fordern und angemessene Normen für die neuen Finanzinstrumente festzulegen, die viele dieser Sicherheiten erwarben und die Auswirkungen ihrer ungesicherten Investitionen jetzt auf die gesamte Weltwirtschaft übertragen.

4. Global Unions haben den IWF dazu angeregt, bei der Entwicklung neuer internationaler Rahmenregelwerke eine Führungsrolle zu übernehmen, um die größtenteils unregulierten Aktivitäten, die zu einer neuen globalen Finanzkrise geführt haben, zu kontrollieren. Sowohl der IWF als auch die Weltbank sollten diejenigen Länder unterstützen, die sich um den Schutz ihrer Bevölkerung, und vor allem der schwächsten Gruppen, vor den Auswirkungen dieser Krise bemühen. Dies erfordert die Unterstützung von Ländern, die versuchen, destabilisierende Kapitalströme zu kontrollieren; die finanzielle Nothilfe benötigen, um ihre Zahlungsbilanzprobleme zu überwinden; die sich darum bemühen, den sozialen Schutz zu verbessern, um die Auswirkungen von Arbeitsplatzverlusten und höheren Lebensmittel- und Energiepreisen auszugleichen; oder die versuchen, den arbeitsrechtlichen Schutz und die Gewerkschaftsrechte auf ungeschützte Beschäftigte auszuweiten. Die zunehmend unsicheren Weltwirtschaftsaussichten machen es umso wichtiger für die in Washington ansässigen internationalen Finanzinstitutionen (IFI), ihre Prioritäten zu verlagern, d.h. die Förderung schädlicher deregulierender Maßnahmen aufzugeben und stattdessen die Schaffung von Arbeitsplätzen und von menschenwürdiger Arbeit zu unterstützen.

Die globale Konjunkturabschwächung erfordert eine umfassende politische Reaktion des IWF

5. Global Unions waren ermutigt angesichts der Erklärungen des Geschäftsführenden Direktors des IWF, der sich anlässlich einer G-7-Finanzministertagung im Januar erstmals für eine abgestimmte Reaktion auf die derzeitige weltweite Konjunkturabschwächung mittels Steueranreizen aussprach. Obwohl diese Krise im Finanzsektor der USA begann, hat die anschließende Kontraktion auf den Kreditmärkten inzwischen beträchtliche Auswirkungen auf die reale Wirtschaft weltweit. Trotz der in den Industrieländern begonnenen derzeitigen Konjunkturverlangsamung werden auch die Entwicklungsländer unweigerlich darunter zu leiden haben, wenn nicht rasch Maßnahmen ergriffen werden, um den Folgen des sich verschlechternden weltweiten Wirtschaftsklimas entgegenzuwirken.

6. Viele Analysten haben festgestellt, dass die Position des IWF-Chefs von der ursprünglichen Reaktion des IWF auf die Kreditklemme Mitte 2007 abweicht, als sich seine Sprecher noch zuversichtlich äußerten, dass die Marktkräfte die Krise beilegen würden. Diese Position weicht auch von der Politik des Fonds während der Asienkrise vor einem Jahrzehnt ab, als der IWF Ländern in wirtschaftlichen Schwierigkeiten riet, Strukturanpassungs- und Sparmaßnahmen zu ergreifen, die sich unmittelbar danach negativ auf die Beschäftigungslage und den Lebensstandard auswirkten. Außerdem hat der IWF in kürzlich veröffentlichten Berichten eingestanden, dass es die Regulierungsbehörden auf den Finanzmärkten versäumt haben, die Praktiken zu kontrollieren, die zu der Hypothekenkrise in den USA geführt haben. Der Fonds hat Vorschläge begrüßt, die darauf abzielen, für eine größere Transparenz der neuen Finanzinstrumente zu sorgen, die bei der Verschärfung und Ausweitung der Folgen der US-Krise eine

Rolle zu spielen scheinen, worauf die Gewerkschaften bereits lange vor der letzten Finanzkrise hingewiesen hatten.

7. Nach Ansicht von Global Unions muss der IWF die begonnenen politischen Veränderungen fortsetzen, indem er die Mitgliedsländer zu einer Politik ermutigt, die die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Armen vor der Konjunkturabschwächung schützt. Ob der IWF seine Politik wirklich verändert hat, wird sich dann zeigen, wenn er die Entwicklungsländer, und zwar auch die derzeitigen Kreditnehmer des IWF, dazu ermutigt, diese Art von Maßnahmen zu ergreifen. Wenn der IWF seine Befürwortung einer Antirezessionspolitik lediglich auf einige hochrangige Erklärungen oder Ratschläge an ausgewählte Entwicklungsländer beschränkt, wird diese Politikänderung nur begrenzte Wirkung zeigen.

8. Auf Länderebene gibt es leider zahlreiche Beispiele dafür, dass der Fonds traditionelle Positionen vertritt, die auf den Abbau von Sozialprogrammen und arbeitsregulierenden Maßnahmen abzielen, ohne den negativen Auswirkungen genügend Aufmerksamkeit zu schenken. Die irakischen Gewerkschaften waren vor kurzem besorgt darüber, dass der IWF bei der Verlängerung der Bereitschaftskreditvereinbarung mit dem Irak für eine Verringerung der Rationen im Rahmen des öffentlichen Verteilungssystems eintrat, und das nur neun Monate nachdem Vertreter des IWF und der Weltbank den Gewerkschaften mitgeteilt hatten, dass sie keine derartige Verringerung befürworten würden, solange die Gewerkschaften nicht bezüglich alternativer sozialer Sicherungsmaßnahmen konsultiert worden seien. Der IWF begrüßte zudem Änderungen des irakischen Rentensystems, die zum Teil Kürzungen zur Folge haben werden, ohne dass die Gewerkschaften konsultiert wurden. In einem anderen Zusammenhang sprach sich der IWF kürzlich unter dem Vorwand, dass Mindestlöhne "Arbeitsanreize untergraben", gegen die Einführung eines Mindestlohns in Deutschland aus. Nach Ansicht von Global Unions ist es Aufgabe des Fonds, die Gesamtkosten der Abschaffung des sozialen Schutzes oder arbeitsregulierender Maßnahmen für die Lebensbedingungen der Beschäftigten und die Einkommensverteilung zu bewerten und sicherzustellen, dass die Gewerkschaften uneingeschränkt konsultiert werden.

9. Andererseits sehen Global Unions in der verminderten Anwendung von Lohn- und Gehaltsobergrenzen im Rahmen von IWF-Programmen eine positive Entwicklung. Ebenso wichtig ist es, dass der Fonds die kreditnehmenden Länder dabei unterstützt, ihren steuerlichen Spielraum dazu zu nutzen, um die Folgen der Konjunkturverlangsamung abzuschwächen. Obwohl die Auswirkungen der Konjunkturabschwächung zunächst in den Industrieländern zu spüren sind, rechnen die IAO, der IWF und andere Institutionen damit, dass auch die Entwicklungsländer aufgrund der zurückgehenden Nachfrage nach ihren Exporten ernsthaft darunter zu leiden haben werden.

10. Die Entwicklungsländer sollten dazu ermutigt werden, ihre Exportabhängigkeit zu vermindern und die Nachfrage im Inland anzukurbeln. Ausgaben im sozialen Bereich werden zu einer derartigen Strategie beitragen, ebenso wie eine Politik zur Erhöhung der Kaufkraft von Niedriglohnempfängern. Der IWF sollte sich stärker für die Vereinigungsfreiheit und das Tarifverhandlungsrecht aller Beschäftigten sowie für eine Mindestlohnpolitik zur Unterstützung der Geringstverdiener einsetzen. Es sollte daran erinnert werden, dass 1,3 Milliarden Beschäftigte - 43,5% der Beschäftigten weltweit, so die jüngsten Zahlen der IAO - nicht genug verdienen, um über die Schwelle von US\$ 2 pro Tag hinauszukommen. Außerdem sollte der IWF dafür eintreten, dass sich schwache

Volkswirtschaften mittels Kapitalkontrollen vor zunehmenden finanziellen Turbulenzen schützen.

Das Versprechen verminderter Kreditauflagen einlösen

11. Sowohl der IWF als auch die Weltbank haben in den letzten Jahren Strategien konzipiert, um die an ihre Kredite geknüpften strukturellen oder wirtschaftspolitischen Auflagen zu vermindern oder zu "rationalisieren" und somit auf die Kritik zu reagieren, dass derartige Auflagen zu sehr eingreifen und häufig die Erreichung bestimmter sozialer und wirtschaftlicher Ziele behindern. Die jüngsten Belege weisen jedoch darauf hin, dass bei der Umsetzung der angekündigten Politik nur langsam Fortschritte erzielt wurden. Das unabhängige Evaluierungsbüro (IEO) des IWF hat in einem im Januar veröffentlichten Bericht festgestellt, dass es keine Anhaltspunkte für eine Verminderung der Auflagen im Zuge der Einführung der Rationalisierungsinitiative im Jahr 2000 gegeben habe. In dem IEO-Bericht heißt es allerdings, dass es zu einer Verlagerung in Richtung auf die Hauptzuständigkeitsbereiche des IWF wie die Finanz- und Geldpolitik gekommen und auf nicht in den Hauptzuständigkeitsbereich fallende Auflagen wie Privatisierungen und Arbeitsmarktreformen eher verzichtet worden sei.

12. Obwohl die Führungsspitze des IWF den Ergebnissen des IEO-Berichtes zugestimmt hat, hat sie dessen spezifische Empfehlungen nicht angenommen, darunter präzise Zielgrößen für die Verminderung von "Vorabmaßnahmen" und "Leistungskriterien" sowie die vollständige Aufgabe der "strukturellen Richtgrößen". Es gibt zudem keinerlei Hinweise darauf, dass der IWF seine länderbezogenen politischen Ratschläge - im Gegensatz zu Kreditauflagen - in Bereichen, die nicht in seinen Hauptzuständigkeitsbereich fallen, aufzugeben gedenkt, wie etwa in Bezug auf arbeitsregulierende Maßnahmen, bei denen der Fonds über keinerlei Sachkenntnisse verfügt. Viele der jüngsten länderbezogenen Artikel-IV-Konsultationsberichte des IWF enthalten Empfehlungen, die auf die Deregulierung des Arbeitsmarktes abzielen.

13. Die Weltbank ihrerseits hat "Prinzipien für gute Praktiken" bezüglich ihrer Auflagenpolitik angekündigt, in der Absicht, die Auflagen zu vermindern und die Eigenverantwortung der Empfängerländer zu erhöhen. Die Bank behauptet, dass die Zahl der Auflagen pro Kredit bzw. Subvention seit der Einführung der Prinzipien im Jahr 2005 zurückgegangen sei, wobei in einem jüngsten Bericht des europäischen Entschuldungsnetzwerkes Eurodad (European Network on Debt and Development) jedoch Folgendes festgestellt wurde:

- Die scheinbare Verminderung geht zum Teil darauf zurück, dass zuvor gesondert aufgelistete Auflagen jetzt zu einer einzigen Auflage zusammengefasst wurden.
- Die Zahl der verbindlichen Auflagen pro Kredit ist gleich geblieben.
- 71% aller Kredite oder Subventionen enthalten heikle politische Reformauflagen, wie etwa Preisliberalisierung, Privatisierung oder Handelsreform.

Nach Ansicht von Global Unions sollten sowohl die Weltbank als auch der IWF ihre wirtschaftspolitischen Auflagen beenden und die Verpflichtungen auf diejenigen Auflagen beschränken, die sich auf die Achtung international vereinbarter Normen, einschließlich der Kernarbeitsnormen, beziehen.

IDA 15 bietet Gelegenheit für Fortschritte bezüglich der Auflagenpolitik

14. Der IGB, die Globalen Gewerkschaftsföderationen und der TUAC haben gemeinsam mit anderen Organisationen der Zivilgesellschaft eine Schuldenstreichung seitens der IFI und eine Ausweitung der konzessionären Entwicklungskredite und Subventionen als wichtige und notwendige Schritte zur Armutsbekämpfung gefordert. Die im Dezember von den Geberländern abgeschlossene 15. Wiederauffüllungsvereinbarung für die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) der Weltbank im Anschluss an die im Jahr 2005 zugesagte Streichung der Schulden mehrerer Länder mit niedrigem Einkommen stellt einen wichtigen zusätzlichen Beitrag einiger Geberländer dar. Global Unions befürworten seit langem eine beträchtliche Aufstockung der offiziellen Entwicklungshilfe und sind der Ansicht, dass diese Mittel zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele beitragen können, nicht jedoch, wenn sie dazu dienen, weiterhin dieselben politischen Auflagen zu verhängen, deren Verminderung die IFI zugesagt haben.

15. Mit Blick auf die Umsetzung der IDA-15-Vereinbarung seitens der Weltbank ermutigen Global Unions die Exekutivdirektoren der Weltbank, die die einzelnen Mitgliedsstaaten vertreten, zur Einhaltung der von vielen Ländern vor und während der IDA-15-Verhandlungen gemachten Zusagen. Die Exekutivdirektoren sollten Maßnahmen ergreifen, um die an Weltbankkredite geknüpften Auflagen weiterhin zu vermindern und somit den von zahlreichen Geberländern veröffentlichten politischen Dokumenten zugunsten reduzierter Auflagen Folgemaßnahmen anzuschließen. Zwei Länder, das Vereinigte Königreich und Norwegen, sind sogar noch weiter gegangen, indem sie, wie im Falle des Vereinigten Königreichs, in den Jahren 2006-2007 vorübergehend Beiträge zur Weltbank einbehalten haben, und, wie im Falle Norwegens, ihren IDA-15-Beitrag aufgrund fehlender Fortschritte bei der Auflagenverminderung reduziert haben. Global Unions ermutigen alle Mitgliedsstaaten, sorgsam darauf zu achten, dass die Weltbank ihre Zusagen einhält und die an ihre Kredite geknüpften wirtschaftspolitischen Auflagen reduziert. Genauso wichtig ist es, dass die Schuldenstreichungsinitiative der IFI über die 30 Länder, die bisher davon profitiert haben, hinaus ausgeweitet wird, jedoch ohne die bisher mit dem Programm verknüpften wirtschaftspolitischen Auflagen.

16. Die internationale Gewerkschaftsbewegung ist besonders besorgt angesichts der arbeitsmarktpolitischen Auflagen, die von den kreditnehmenden Ländern eine Lockerung des Arbeitnehmerschutzes verlangen. Dazu gehören die Arbeitsmarktflexibilitätsindikatoren bei der Bewertung der Politik und der Institutionen einzelner Länder (Country Policy and Institutional Assessment - CPIA). Obwohl nicht mit einer spezifischen Kreditvergabetätigkeit verknüpft, ist die CPIA im Falle der ärmsten Länder ein Schlüsselfaktor für die Zugriffsmöglichkeiten auf Mittel der Weltbank. **Global Unions bestehen darauf, dass der Indikator für die "Beschäftigung von Arbeitnehmern", der von der Weltbankveröffentlichung *Doing Business* verwendet wird und diejenigen Länder, die über die geringsten Arbeitnehmerschutzbestimmungen verfügen, am besten bewertet, nicht als Wegweiser im Rahmen der CPIA verwendet wird. Die Weltbank sollte keine Länder belohnen, die notwendige Schutzmaßnahmen für verwundbare Beschäftigte unter dem Vorwand abschaffen, dass dies der "Verbesserung des Investitionsklimas" diene.**

Achtung der Arbeitnehmerrechte bei den Tätigkeiten der Weltbank

17. Global Unions haben die Weltbank aufgefordert, die Entwicklungsländer künftig nicht mehr unter Druck zu setzen, damit sie den Arbeitnehmerschutz gemäß dem Modell von *Doing Business* abschaffen, sondern sich stattdessen um die Umsetzung der IAO-Agenda für menschenwürdige Arbeit zu bemühen, die vier Komponenten umfasst:

- Schaffung von Arbeitsplätzen und betriebliche Entwicklung
- Sozialschutz
- Governance und sozialer Dialog
- Achtung grundlegender Arbeitnehmerrechte und internationaler Arbeitsnormen

Global Unions haben die wichtigen Maßnahmen begrüßt, die einige Abteilungen der Weltbankgruppe ergriffen haben, um die Achtung der Kernarbeitsnormen in die von ihnen finanzierten Projekte zu integrieren.² Dadurch, dass sichergestellt wird, dass bei den Tätigkeiten der Weltbank nicht gegen die Kernarbeitsnormen verstoßen wird, wird der Beitrag von Weltbankprojekten zur Entwicklung verstärkt.

18. Global Unions haben die Aufnahme der Kernarbeitsnormen in die Standardausschreibungsdokumente der Weltbank für das Beschaffungswesen im Jahr 2007 begrüßt. Dies bezieht sich auf die von der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) und von der IDA finanzierte Projekte. Global Unions haben die regionalen multilateralen Entwicklungsbanken - ADB, AfDB, EBRD und IDB - dazu ermutigt, mit der Weltbank zusammenzuarbeiten, um die Standardausschreibungsdokumente, einschließlich der Auflagen bezüglich der Kernarbeitsnormen, zu harmonisieren, und sie unterstützen die regionalen Banken dabei, ihre eigenen Maßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung der Kernarbeitsnormen bei der Kreditvergabe sowohl an den öffentlichen als auch an den privaten Sektor sicherzustellen. Die derzeitige Herausforderung für die Weltbank und für die anderen multilateralen Entwicklungsbanken, die in Kürze eine Politik bezüglich der Kernarbeitsnormen für das öffentliche Beschaffungswesen und die Kreditvergabe an den privaten Sektor einführen werden, besteht jetzt in der Festlegung von Mechanismen zur Überwachung und Inkraftsetzung der Normen, u.a. durch die Schulung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bezüglich der Verifizierung der Einhaltung.

19. Die für die Kreditvergabe an den privaten Sektor zuständige Organisation der Weltbank, die IFC, hat sich in diesem Bereich am konsequentesten engagiert. Nachdem sie die Auflage eingeführt hatte, dass alle IFC-Projekte ab Mai 2006 mit den Kernarbeitsnormen und einigen anderen grundlegenden Arbeitsbedingungen vereinbar sein müssen, hat die IFC Umsetzungsrichtlinien ausgearbeitet, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschult und sowohl Gewerkschaften als auch andere Organisationen kontaktiert, die bereit sind, sich gemeinsam mit ihr um die uneingeschränkte Einhaltung dieser Normen zu bemühen. Die IFC hat auf von den Gewerkschaften bereitgestellte Informationen über tatsächliche oder potentielle Verstöße ge-

² Die Kernarbeitsnormen sind international vereinbarte grundlegende Menschenrechte für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ungeachtet des Entwicklungsstandes ihrer Länder, die in nachstehenden IAO-Übereinkommen definiert werden. Diese Übereinkommen beziehen sich auf die Vereinigungsfreiheit und das Recht zu Kollektivverhandlungen (IAO-Übereinkommen 87 und 98); die Beseitigung von Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf (IAO-Übereinkommen 100 und 111); die Beseitigung sämtlicher Formen von Zwangs- oder Pflichtarbeit (IAO-Übereinkommen 29 und 105) und die wirksame Abschaffung von Kinderarbeit einschließlich ihrer schlimmsten Formen (IAO-Übereinkommen 138 und 182).

gen diese Normen reagiert und dazu beigetragen, bei einigen Projekten konkrete Verbesserungen zu erzielen. **Es sind zwar noch erhebliche Anstrengungen erforderlich, aber Global Unions ermutigen die IFC zu weiteren Fortschritten hinsichtlich der Einhaltung der Kernarbeitsnormen im Rahmen ihrer Projekte und schlagen vor, dass die für die Kreditvergabe an den öffentlichen Sektor zuständigen Einrichtungen der Weltbank und die übrigen multilateralen Banken ähnliche Maßnahmen ergreifen, um für die uneingeschränkte Einhaltung der von ihnen beschlossenen Auflagen zu sorgen.**

20. Trotz der vor nahezu einem Jahr beschlossenen Aufnahme der Kernarbeitsnormen in die Auflagen der Ausschreibungsdokumente der Bank, die sich vor allem auf von der Bank finanzierte Infrastrukturprojekte beziehen, haben die IBRD und die IDA bisher noch keine ähnlichen Schritte wie die IFC eingeleitet. Angesichts der zunehmenden Bedeutung der von der Weltbank finanzierten Infrastrukturprojekte ist eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene erforderlich, um für eine wirksame Inkraftsetzung der neuen Auflagen bezüglich der Kernarbeitsnormen zu sorgen. Die Weltbank sollte ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bezüglich der Einhaltung dieser Normen schulen und sich mit den Kapazitäten ihrer Partner auf Länderebene hinsichtlich des Verständnisses und der Inkraftsetzung der Politik bezüglich der Kernarbeitsnormen auseinandersetzen. Vor allem für große Infrastrukturprojekte wird die Einhaltung der Kernarbeitsnormen möglicherweise Schulungs- und Maßnahmen zum Kapazitätenausbau nicht nur für das Projektteam der Weltbank, sondern auch für die örtlichen Projektbeauftragten und Ingenieure erfordern. **Global Unions wiederholen ihren Vorschlag, bei der Inkraftsetzung und Überwachung der Auflagen bezüglich der Kernarbeitsnormen bei den von der Bank finanzierten Projekten mit der Weltbank zusammenzuarbeiten.**

Die Kernarbeitsnormen dürfen im Beschaffungswesen der einzelnen Länder nicht vernachlässigt werden

21. Obwohl die Weltbank die Einhaltung der Kernarbeitsnormen als formelle Auflage in ihr Beschaffungswesen aufgenommen und andere multilaterale Entwicklungsbanken dazu ermutigt hat, dasselbe zu tun, muss ihr Engagement in diesem Bereich in Frage gestellt werden, wenn sie Arbeitsfragen bei der Reform des Beschaffungswesens auf Länderebene ignoriert. Die Weltbank trägt die Verantwortung dafür, die einzelnen Länder zur Entwicklung eines Beschaffungswesens zu ermutigen, das dazu beiträgt, Entwicklungsziele zu erreichen, einschließlich sozialer und arbeitsbezogener Überlegungen. Leider sieht die Bank dies bisher zu eng und konzentriert sich vorwiegend auf die Transparenz, die Effizienz und die Fairness des öffentlichen Beschaffungswesens und vernachlässigt dabei Arbeitsfragen. Obwohl Korruptionsbekämpfung und Wettbewerbsfähigkeit in der Tat wichtige Ziele einer Reform des Beschaffungswesens sind und bei der Arbeit der Bank entsprechend betont werden, sollten die Arbeitsnormen nicht als "Nebenaspekt" des Beschaffungswesens betrachtet und ignoriert werden.

22. Die Weltbank sollte eine Führungsrolle hinsichtlich der Kernarbeitsnormen im Rahmen des Beschaffungswesens übernehmen. Jetzt, da sie eine diesbezügliche Auflage in ihre eigenen Ausschreibungsdokumente aufgenommen hat, sollte sie ihre Kundenländer zu denselben Maßnahmen ermutigen und so lange keine nationalen Beschaffungssysteme für von der Weltbank finanzierte Projekte akzeptieren, bis dies nicht geschehen ist. Im Falle von Ländern, die bisher nicht auf die Einhaltung der Kernarbeitsnormen und andere soziale Fragen im Rahmen

ihres Beschaffungswesens eingehen, sollte die Weltbank technische Unterstützung und Hilfe anbieten, wie sie es für andere Aspekte der Reform des Beschaffungswesens tut.

23. Bezüglich der sowohl bei der Weltbank als auch bei anderen multilateralen Institutionen vorgenommenen Verlagerung in Richtung auf Ländersysteme für das Beschaffungswesen drängen Global Unions auf eine sorgsame Bewertung der Zulänglichkeit dieser Ländersysteme. Die Weltbank muss ihren gegenwärtigen Ansatz korrigieren, da sie die Frage, ob die einzelnen Länder Auflagen bezüglich der Kernarbeitsnormen in ihre Beschaffungssysteme aufnehmen, nicht berücksichtigt, wenn sie bewertet, ob diese Systeme ihren eigenen entsprechen. **Angesichts der jüngsten Fortschritte und Verpflichtungen der Weltbank in Bezug auf die Arbeitsnormen wäre es inakzeptabel, wenn die Bank diese Frage im Zuge ihres Übergangs zu Ländersystemen für das Beschaffungswesen ignorierte. Die Weltbank muss sicherstellen, dass die Kernarbeitsnormen bei allen von ihr finanzierten Projekten uneingeschränkt eingehalten werden.**

Eine veränderte Rolle für den IWF in wirtschaftlich unsicheren Zeiten

24. Der neue Geschäftsführende Direktor des IWF hat vor seiner Ernennung eine umfassende Reform des Fonds zugesagt. Global Unions sind überzeugt, dass die Entwicklungs- und Übergangsländer eine Aufwertung der Rolle des IWF nur akzeptieren werden, wenn der Fonds bezüglich der Erreichung von Entwicklungszielen und Finanzstabilität an Relevanz gewinnt. Die Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit des IWF könnte sogar dazu führen, dass er aufgefordert würde, diejenigen Länder zu unterstützen, die in der letzten Zeit Maßnahmen ergriffen haben, um eine Kreditaufnahme bei dem Fonds zu vermeiden, um keine inakzeptablen Austeritäts- oder Strukturanpassungsaufgaben erfüllen zu müssen. Eine verminderte Kreditaufnahme ist einer der Faktoren, die zu den finanziellen Problemen des IWF beitragen, da die Zinseinnahmen des Fonds drastisch zurückgegangen sind.

25. Die Gruppe der 24 Entwicklungsländer (G-24) hat den IWF bei den Jahrestagungen der IFI im Oktober 2007 zu Recht kritisiert, als die Weltwirtschaft begann, unter den Folgen der US-Hypothekenkrise zu leiden, weil den Regulierungsdefiziten der am meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften der Welt nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt worden war. Die G-24 forderte den Fonds auf, ihren eigenen Schwächen ebenso großes Gewicht beizumessen wie denen in den aufstrebenden Volkswirtschaften. Ferner hat die G-24 den IWF aufgefordert, unverzüglich einen konkreten Vorschlag für ein neues Liquiditätsinstrument zu unterbreiten, das Ländern helfen würde, die sich mit der Herausforderung zunehmend volatiler Kapitalströme konfrontiert sehen. Global Unions befürworten diese Vorschläge, ebenso wie die legitimen Forderungen der Entwicklungsländer nach einer Ausweitung ihrer Vertretung in den Entscheidungsstrukturen sowohl des IWF als auch der Weltbank. Die Vorschläge bezüglich einer Stimmrechtsreform sollten nicht nur auf die Situation der "aufstrebenden Volkswirtschaften" mit mittlerem Einkommen eingehen, sondern auch auf die Länder mit niedrigem Einkommen, die am meisten von IWF-Ressourcen abhängig sind und bei den Reformvorschlägen größtenteils ignoriert wurden.

26. Eine erneute Relevanz des IWF auf globaler Ebene erfordert zudem multilaterale Instrumente, die es ihm ermöglichen, sein Mandat - den Gefahren einer internationalen finanziellen und wirtschaftlichen Instabilität entgegenzuwirken und Ländern in finanziellen Schwierigkeiten zu helfen - zu erfüllen. Obwohl die potentiell destabilisierenden Auswirkungen von

Hedge-Fonds und stark fremdfinanzierten Übernahmen durch private Beteiligungskapitalfonds in einigen IWF-Berichten erwähnt wurden, hat der IWF bisher keinerlei Maßnahmen ergriffen, um die Unzulänglichkeit der derzeitigen Regelwerke hinsichtlich einer größeren Transparenz bei den Tätigkeiten dieser Finanzinstrumente anzugehen, die ungerechtfertigten Steuersubventionen, von denen sie profitieren, zu beenden und ihre destabilisierenden Auswirkungen zu kontrollieren. Angesichts der Belege dafür, dass diese Finanzinstrumente eine Rolle dabei spielen könnten, die Auswirkungen der Krise auf dem US-Finanzmarkt auf die gesamte globale Wirtschaft auszuweiten, ermutigen Global Unions den Fonds, eine Führungsrolle bei der Entwicklung neuer internationaler Rahmenregelwerke zu übernehmen.

27. Auch hinsichtlich der Auswirkungen der international rasch zunehmenden Bedeutung staatlicher Vermögensfonds (*Sovereign Wealth Funds*) ist bisher nichts weiter unternommen worden, als einige von ihnen aufzufordern, einen freiwilligen Verhaltenskodex zu entwickeln. Nach Ansicht von Global Unions sollte der IWF Konsultationen mit allen interessierten Parteien, einschließlich der Gewerkschaften, bezüglich der Notwendigkeit neuer internationaler Regeln für ihre Aktivitäten beginnen. Darüber hinaus haben die jahrelangen Diskussionen beim IWF, wie die G-24 bei den letzten Jahrestagungen der IFI festgestellt hat, bisher immer noch keine wirksame Kreditfazilität für Länder in finanziellen Schwierigkeiten hervorgebracht, obwohl soeben eine neue Phase globaler finanzieller Turbulenzen begonnen hat. Dasselbe gilt für den viel benötigten Umschuldungsmechanismus für souveräne Staaten und Maßnahmen zum Schutz der Volkswirtschaften vor destabilisierenden Kapitalbewegungen. Jetzt, da die Gefahren einer finanziellen Globalisierung angesichts der jüngsten globalen Kreditklemme beträchtlich zugenommen haben, müssen dringend Fortschritte erzielt werden, um die erforderlichen Instrumente einzuführen, die Gefahren abzumildern und die Volkswirtschaften der einzelnen Länder davor zu schützen.

28. Global Unions ersuchen den IWF, folgende Maßnahmen zu unterstützen:

- eine Ausweitung des **multilateralen Konsultationsprozesses des IWF, um nicht nur auf die Auswirkungen globaler wirtschaftlicher Ungleichgewichte** zwischen den USA und Asien, vor allem im Bereich der Wechselkurse, **einzugehen, sondern auch auf die ernsthaften Folgen, vor allem in Entwicklungsländern, drastisch erhöhter Energie- und Lebensmittelpreise;**
- die Schaffung **einer neuen Notkreditfazilität für Länder in finanziellen Schwierigkeiten**, ohne die politischen Vorbedingungen, die die früheren Vorsorglichen Kreditlinien (*Contingent Credit Lines*) untauglich gemacht haben;
- den Beginn eines Prozesses, einschließlich Konsultationen mit Gewerkschaften und anderen interessierten Gruppen der Zivilgesellschaft zusätzlich zu privaten Finanzinstitutionen, zur Entwicklung **internationaler Rahmenregelwerke für private Beteiligungskapitalfonds, Hedge-Fonds und damit zusammenhängende finanzielle Tätigkeiten, die nicht transparent sind, ungerechtfertigte Steuersubventionen ausnutzen und zur Instabilität der Finanzmärkte beitragen;**
- den Beginn von Konsultationen hinsichtlich der Notwendigkeit **neuer internationaler Regeln für die Investitionen und Tätigkeiten staatlicher Vermögensfonds (*Sovereign Wealth Funds*);**
- die Einführung eines **gerechten und transparenten Umschuldungsmechanismus für souveräne Staaten** mit Blick auf eine angemessene Schlichtung der Schulden bei vorwiegend privaten Finanzinstitutionen;

- **Maßnahmen zum Schutz der Volkswirtschaften vor destabilisierenden spekulativen Kapitalbewegungen**, einschließlich einer Tobin-Steuer und von den Regierungen der einzelnen Länder eingeführter Kapitalkontrollen.

Erneute Konzentration der Weltbank auf den Schutz der Schwächsten

29. Auch der Weltbank kommt eine wichtige Rolle dabei zu, den Auswirkungen der weltweiten Konjunkturabschwächung entgegenzuwirken. In Ländern mit niedrigem Einkommen machen höhere Brennstoff- und Lebensmittelpreise viele der positiven Auswirkungen von Schuldenstreichungen zunichte, und überall auf der Welt haben arme Menschen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am meisten unter den Preiserhöhungen für Güter des Grundbedarfs zu leiden. Die Weltbank muss sich um die Gewährleistung bemühen, dass die Einkommen der Menschen am unteren Ende der Einkommensskala genügend steigen, um die erhöhten Kosten decken zu können. Besonders wichtig ist dies für die schwächsten Beschäftigten, vor allem Frauen, die keinen Zugang zu Tarifverhandlungen und dem damit verbundenen Schutz haben. **Die sozialen Sicherheitsnetze müssen verbessert werden, um auf die Auswirkungen der gestiegenen Preise von Gütern des Grundbedarfs zu reagieren, aber auch betriebliche Regelungen, vor allem zum Schutz der schwächsten Beschäftigten, müssen verbessert und in Kraft gesetzt werden.**

30. **Die Weltbank muss erkennen, dass sie an die Regulierung der Arbeitspraktiken von Unternehmen nicht mit derselben Einstellung herangehen kann wie die Finanzbehörden an die zweitklassige Hypothekenindustrie in den USA, d.h., dass zugelassen wird, dass die Regulierten den Umfang der Regulierung diktieren (oder präziser gesagt, deren Fehlen), ungeachtet der Konsequenzen.** Genau diesen Ansatz verfolgt die Weltbank jedoch mit ihrer viel zitierten Veröffentlichung *Doing Business*, die die einzelnen Länder dazu ermutigt, zahlreiche Bestimmungen zur Regulierung des Arbeitsmarktes abzuschaffen, da ihre Volkswirtschaften dadurch angeblich unternehmensfreundlicher würden. In mehreren Fällen werden Länder, die bezüglich des Schutzes der Arbeitnehmerinteressen schlechte Ergebnisse aufweisen oder die grundlegende Arbeitnehmerrechte unterdrücken, von *Doing Business* als regionale Spitzenreiter in Sachen Arbeitspraktiken gepriesen, weil sie grundlegende arbeitsregulierende Maßnahmen entweder abgeschafft oder nie eingeführt haben. Länder, die aufgrund des Fehlens arbeitsregulierender Maßnahmen laut *Doing Business* besonders gut abschneiden, sind Weißrussland und Georgien in Osteuropa, Afghanistan und Saudi-Arabien im Nahen Osten sowie Haiti in Lateinamerika/Karibik.

31. Es ist inakzeptabel, dass der Arbeitsmarktflexibilitätsindikator von *Doing Business* in die Gesamtarbeitsmarktstrategie der Bank namens "MILES" aufgenommen wurde und von der Bank dazu verwendet wird, um über den Zugang zu IDA-Mitteln zu entscheiden, ebenso wie als Grundlage für Empfehlungen bezüglich einer Arbeitsmarktderegulierung im Rahmen zahlreicher länderbezogener politischer Berichte der Weltbank und des IWF.³ Scheinbar in dem Bemühen, diejenigen auszuschließen, die ihren deregulierenden Ansatz in Arbeitsfragen nicht mittragen, hat es die für Sozialschutz und Arbeitsfragen zuständige Abteilung der Weltbank abgelehnt, einen Vertreter des IGB in dem Ausschuss zu akzeptieren, der die Bank in Bezug

³ Eine detaillierte Analyse des fehlerhaften Indikators von *Doing Business* für die "Beschäftigung von Arbeitnehmern" sowie eine Beschreibung der Verwendung dieses Indikators seitens des IWF und der Weltbank in einzelnen Ländern findet sich auf der Internetseite des IGB unter: http://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/doing_business.pdf

auf Arbeitsmarktforschung und einen diesbezüglichen Aktionsplan beraten soll. **Es ist an der Zeit, dass die Weltbank ihre einseitige Unterstützung einer Arbeitsmarktderegulierung aufgibt, Arbeitsfragen aus dem Zuständigkeitsbereich von *Doing Business* herausnimmt und stattdessen damit beginnt, die IAO-Agenda für menschenwürdige Arbeit in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften zu unterstützen.**

Schlussfolgerung

32. Die internationale Gewerkschaftsbewegung fordert die IFI auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die einzelnen Länder dabei zu unterstützen, den Auswirkungen zunehmender finanzieller Turbulenzen und der globalen Konjunkturabschwächung entgegenzuwirken, die zu erhöhter Arbeitslosigkeit und einem sinkenden Lebensstandard für die schwächsten Bevölkerungsgruppen führen werden, wenn nichts unternommen wird. Der IWF muss Maßnahmen ergreifen, um die neuen nicht transparenten Finanzinstrumente zu regulieren, die zur weltweiten Ausbreitung der vom US-Finanzmarkt ausgehenden Schwierigkeiten beizutragen scheinen. Ferner muss er für die erforderlichen Instrumente sorgen, die vor allem die Entwicklungsländer benötigen werden, um ihre Bevölkerung vor den negativen Auswirkungen der Konjunkturabschwächung und der Finanzinstabilität zu schützen.

33. Die Weltbank muss die Entwicklungs- und Übergangsländer dabei unterstützen, ihre Bevölkerung vor den Auswirkungen der globalen Konjunkturabschwächung zu schützen, indem sie die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, die Verbesserung des Sozialschutzes und die Achtung der Arbeitnehmerrechte stärker betont. Die Weltbank sollte den rückschrittlichen Arbeitsmarktflexibilitätsindikator von *Doing Business* abschaffen und ihn nicht mehr zur Gestaltung ihrer Arbeitsmarktpolitik heranzuziehen, sondern die kreditnehmenden Länder stattdessen dazu ermutigen, die Kernarbeitsnormen einzuhalten und für menschenwürdige Arbeit zu sorgen. Global Unions fordern den IWF und die Weltbank dringend auf, diese wichtigen Veränderungen an ihrer Politik und an ihren Programmen vorzunehmen und sich gemeinsam sowie unter Einbeziehung der Gewerkschaften, der Organisationen der Zivilgesellschaft und der Bevölkerung in den Ländern, denen sie dienen, um die Umsetzung dieser neuen Politik zu bemühen.